



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien

Antrag Nr. 14

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 167. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 14. November 2016

MEHR ZIELGERICHTETER WOHNBAU IN WIEN

Forderung:

- Die Grundstücksreserven der öffentlichen Hand (Bund und Land) müssen vorrangig für den geförderten Wohnbau gesichert werden. Im Einklang damit ist auch sicherzustellen, dass für die Absicherung des Standortes Wien notwendige Betriebsansiedelungen erfolgen können.
- Der Anteil des leistbaren Wohnraums am Wohnungsneubau muss erhöht werden.
- Die vorhandenen Werkzeuge und Maßnahmen zur Baulandmobilisierung (befristete Baulandwidmung, städtebauliche Verträge,...) müssen konsequent verwendet werden: Die wirkungslose Widmungskategorie geförderter Wohnbau muss novelliert und mit einer Preisobergrenze ausgestattet werden.
- Eine aussagekräftige Datenbasis zur Wohnbauleistung muss geschaffen werden: Es bedarf einer Auswertung von bewilligten, in Realisierung befindlichen sowie fertiggestellten Wohnungen nach Art der fertiggestellten Wohnung (Heim, Wohnung,...), nach Art des Rechtsverhältnisses (Eigentum, Miete,...), nach Art des Bauherren/herrin (Privat, Gemeinnützig,...).

Begründung:

Das Bevölkerungswachstum betrug im Jahr 2015 rund 43.000 Personen. Schätzungen gehen davon aus, dass im gleichen Jahr insgesamt nur etwa 7000 Wohnungen errichtet wurden. Gleichzeitig wurden rund 90 Mio € an Mitteln für den geförderten Wohnbau nicht in Anspruch genommen. Die Zahl der neuerrichteten Wohnungen entsprach damit nicht dem tatsächlichen Bedarf.

Große Grundstücksreserven der öffentlichen Hand werden derzeit an den Bestbieter versteigert. Damit sind Liegenschaften für eine Verbauung zu Konditionen des geförderten Wohnbaus nicht mehr geeignet. Ein großer Teil des Wohnungsneubaus findet deshalb im freifinanzierten Wohnungssegment statt. Dem Ziel leistbaren Wohnraum zu schaffen kann damit nur unzureichend entsprochen werden.

Viele mit der Bauordnungsnovelle 2014 eingeführte Maßnahmen zur Baulandmobilisierung werden nur unzureichend genutzt. Ihre Wirksamkeit bedarf einer Evaluierung und Nachschärfung. Insbesondere die Widmungskategorie für geförderten Wohnbau erfordert eine Novellierung die sicherstellt, dass so gewidmete Grundstücke auch tatsächlich dem geförderten Wohnbau zur Verfügung stehen.



*Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der AK Wien*

Maßnahmensetzungen der öffentlichen Hand sind ohne konkrete und aktuelle Bestands- und Realisierungszahlen nur schwer möglich. Zur Zahl der tatsächlich in Bau befindlichen, bzw fertiggestellten Wohnungen in Wien existiert keine aussagekräftige Datenbasis. Aktuelle Zahlen über tatsächlich realisierte Projekte in offiziellen Statistiken sind darüber hinaus widersprüchlich (Baumaßnahmenstatistik Statistik Austria). Aufgrund der verfahrensbedingten Vorlaufzeiten von Bauprojekten (Grundstücksverkehr, Flächenwidmung, Bauverfahren) ist eine gesicherte Datenbasis, die eine zielgerichtete Maßnahmensetzung ermöglicht, unerlässlich.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig